KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Dezember 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 228 Anfrage Fanaj Ylfete namens der SP-Fraktion über warum zeigt sich der Regierungsrat nicht solidarisch mit seinen Mitarbeitenden? / Finanzdepartement

Die Anfrage A 228 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.
Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 100 zu 16 Stimmen zu.
Ylfete Fanaj ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.
Die Anfrage Anfrage A 228 und die Motion M 229 von Ylfete Fanaj namens der SP-Fraktion über die solidarische Beteiligung der politisch Verantwortlichen werden als Paket behandelt.

Ylfete Fanaj: Ich weiss, dass Sie Ihr Amt mit hohem Einsatz und bestem Wissen und Gewissen ausüben. Dieses Amt ist anspruchsvoll, es ist klar, dass Sie weit mehr als eine 43-Stunden-Woche haben. Sie wussten das bei Amtsantritt, und Sie haben dieses Amt so gewollt. Für diese Arbeit erachten wir Ihren Lohn als angemessen und wollen nicht grundsätzlich etwas daran ändern. Mit unserer Forderung geht es uns, entgegen der Meinung des Fraktionschefs der CVP, eben gerade nicht um Populismus und Schaumschlägerei. Ich glaube auch nicht, dass wir über den Mindestlohn eines Kantonsrates diskutieren müssen. Die Kürzung würde rund 600 bis 700 Franken pro Jahr und Kantonsrat ausmachen. Wenn Sie an zwei Tagen im Jahr an der Session fehlen, so macht das gerade diesen Betrag aus. Sie würden es nicht einmal merken. Von einem Mindestlohn können wir sowieso nicht reden, der müsste ja existenzsichernd sein. Das Kantonsratsamt stellt ein Ehrenamt dar, somit ist ein ehrenamtliches Engagement zum Teil auch gerechtfertigt. Wenn aber gerade von bürgerlicher Seite in der aktuellen Abbaudebatte gerne von Opfersymmetrie gesprochen wird, so wäre diese hier eben gerade aus zwei Gründen zwingend. Erstens ist es für den ganz normalen Kantonsangestellten und all die aufgebrachten Lehrpersonen überhaupt nicht nachvollziehbar, warum bei ihnen personelle Spar- und Abbaumassnahmen greifen sollen, aber eben gerade bei den erwähnten drei Mitarbeitergruppen überhaupt nicht. Dies löst nur Kopfschütteln aus und vergrössert den bereits vorhandenen Graben zwischen dem Kanton und seinen Mitarbeitenden unnötig noch weiter. Es ist ein zwingendes Gebot der Fairness, dass in dieser Situation mit einem Abbaupaket von über einer halben Milliarde Franken eben wirklich alle einen Beitrag leisten, und zwar befristet auf drei Jahre. Zweitens sind in einer solchen ausserordentlichen Situation die Verantwortlichen gut beraten, mit gutem Beispiel, mit einem Beispiel der Solidarität mit den Kantonsangestellten, den Lehrpersonen, aber auch mit der ganzen Kantonsbevölkerung, die mit dem KP17 auch ihre Lasten zu tragen hat, voranzugehen. Gute Chefs sind solidarisch mit ihren Mitarbeitenden. Die Luzerner Politik und ihre Verantwortlichen geniessen gemäss letzter Bevölkerungsumfrage weniger Vertrauen als noch zuvor. Jetzt wäre es eine gute Gelegenheit für die Regierung und dieses Parlament, Grösse zu zeigen und wieder in dieses Vertrauen zu investieren. Auf die drei Jahre hochgerechnet würde es sich doch um einen

Betrag von fast 1,2 Millionen Franken handeln. Setzen wir somit ein Zeichen der Fairness und der Solidarität.

Adrian Nussbaum: Vor einem halben Jahr, bei der Debatte um die Dienstaltersgeschenke, hat die SP kritisiert, dass die CVP Politik für die Medien betreiben würde. Für wen hat die SP diese Anfrage, die Motion und die Bemerkungsanträge gestellt, wenn nicht für die Medien? Erlauben Sie mir einen weiteren Hinweis: Ihre Linie bei den Anträgen ist zwar nicht immer mehrheitsfähig, aber meistens wird damit ein roter Faden verfolgt; hier scheinen Sie aber definitiv den Faden verloren zu haben. Ich zitiere Ihre Partei aus den Voten zur Botschaft B 101 aus dem Jahr 2009: „Niemand wird Kantonsratsmitglied des Geldes wegen, doch sollte nach dem üblichen Abzug an die Partei etwas mehr als ein Taschengeld übrig bleiben. Nicht zuletzt auch darum, weil viele Ratsmitglieder ihr berufliches Pensum reduzieren und so einen Einkommensverlust in Kauf nehmen. Daher ist es für Maurer, Schreiner oder Verkäufer praktisch unmöglich, sich dieses Milizamt zu leisten.“ Die Regierung hat entschieden, anlässlich des KP17 keine allgemeine Lohndiskussion zu führen, sondern aus anderen Überlegungen heraus eine Gleichbehandlung des Personals pragmatisch bei der Arbeitszeiterhöhung zu diskutieren. Sie wissen selber, dass die Regierungsräte und Kantonsräte gemessen an ihrer Arbeitszeit ein relativ tief entschädigtes Amt ausüben. Wie Sie selber sagten, ist der Stundenlohn von uns Kantonsräten sehr gering. Wir haben während der ganzen Debatte zum KP17 keine Lohndiskussionen geführt, sie wurde auch nicht verlangt. Wir wehren uns dagegen, wenn nun mit dringlichen Vorstössen und Bemerkungsanträgen versucht wird, diese Lohndiskussion kurz vor der Behandlung des Budgets noch zu führen. Darum lehnt die CVP-Fraktion die Motion M 229 ab, ebenso die beiden entsprechenden Bemerkungen im AFP.

Marcel Budmiger: Mit einer Arbeitszeitverlängerung wird zwar das Lohnkonto nicht gekürzt, aber wenn für den gleichen Lohn länger gearbeitet werden muss, ist das faktisch weniger Lohn für die gleiche Zeit. Wir führen also diese Grundsatzdiskussion, die Regierung hat es einfach ein bisschen schöner formuliert, indem von einer Arbeitszeitverlängerung die Rede ist. Es wird auch nie über mögliche Entlassungen oder einen Personal- und Stellenabbau gesprochen. Für wen ist dieser Vorstoss aber gemacht worden? Vor einem Monat habe ich eine Anfrage erhalten, dass im Stadtrat Luzern die Löhne gekürzt worden seien, und in der Gemeinde Kriens habe die SVP eine Initiative zur Lohnkürzung eingereicht, warum denn beim Regierungsrat keine Kürzungen vorgenommen würden. Ich habe dieser Person sagen müssen, dass die Löhne der Regierung angemessen seien und wir keine Kürzung wollen. Ich finde auch unsere Kantonsratsentschädigung angemessen, sie könnte sogar höher sein, wenn es dem Kanton gut gehen würde. Jetzt geht es aber nur um eine Frage des Anstands und ob auch wir befristet einen Beitrag zu diesen Sparmassnahmen leisten. Wie Ludwig Peyer sagte, würde es die Bevölkerung nicht verstehen, wenn überall gespart werden müsste ausser bei der Kultur. Ich frage deshalb, warum bei allen Angestellten gespart werden sollte ausser bei uns und der Regierung.

Jörg Meyer: Ich glaube, Adrian Nussbaum hat der Begründung von Ylfete Fanaj nicht zugehört. Wir diskutieren zu keiner Minute über die Löhne der Regierung, des Kantonsgerichtes oder über die Kantonratsentschädigung. Deshalb wehre ich mich gegen alle populistischen Avancen anderer Parteien in diesem Rat. Es geht um Solidarität und Fairness. Wenn Sie, gerade auch von bürgerlicher Seite, immer wieder das Unternehmertum predigen, dann schauen Sie in die unternehmerische Landschaft. Viele von Ihnen sind Gewerbetreibende. Wenn Sie dieses Programm in Ihrem Betrieb so umsetzen müssten, würden Sie als Vorgesetzte hoffentlich selber einen Beitrag leisten und eine Kürzung in Kauf nehmen. Genau das geschieht in diesem Rat aber nicht. Wir sind die Vorgesetzten und tun so, als ob es uns nichts angeht, da wir es so streng haben – entschuldigen Sie, das entbehrt nicht eines gewissen Hohnes. Ich glaube, es ist eine verpasste Chance des Goodwills und einer Investition in das Vertrauen in die Luzerner Politik, wenn wir Kantonsräte und die Regierung jetzt nicht diese Grösse haben. Ich bitte die Regierung und die Kantonsräte nochmals eindringlich, jetzt in letzter Minute dieses Zeichen zu setzen.

Philipp Bucher: Ich melde mich nur kurz, denn wenn wir hier nicht noch einmal

Kommissionsarbeit leisten müssten, wären wir in der halben Zeit fertig, das wäre ein wirklicher Sparbeitrag. Wir alle lassen Federn, nämlich als Steuerzahler betrifft es jeden, ob Kantonsrat, Regierungsrat oder den einfachen Arbeitnehmer. Die Reduktion der Kantonsratsentschädigung könnte durchaus auch ein Eigentor sein. Sehr wahrscheinlich würden die Beiträge an die kantonsrätlichen Fraktionen und die Ortsparteien reduziert, dort wird letztlich ja die Basisarbeit geleistet. Das Zitat von Adrian Nussbaum erklärt alles. Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Motion M 229 ab.

Claudia Huser Barmettler: Als kleinste Fraktion müssten wir klar gegen diesen Vorschlag sein. Wir wagen nicht, unseren Stundenlohn – oder wie man so schön sagt diese Entschädigung – auszurechnen. Wir finden es heikel, diese Entschädigung noch mehr zu kürzen. Der Kantonsrat hat bei der Überarbeitung des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates vor rund anderthalb Jahren einen wichtigen Beitrag mit einer Stundenerhöhung von etwa 15 Prozent geleistet. Wie bereits gesagt, ist es ein arbeitgeberisches und finanzielles Privileg, hier im Kantonsrat vertreten sein zu können. Einige könnten sich dies aus finanziellen Gründen nicht leisten, andere nicht aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit. Ein solcher Sparbeitrag könnte für eine so kleine Fraktion wie die GLP das Ende bedeuten. Trotzdem stimmen wir für den Vorschlag, wir glauben, es braucht uns zu dem Preis, den der Rat festlegt. Wir sind dafür, ein Zeichen nach aussen zu setzen. Da unsere Entschädigung bereits klein ist, macht es für diese befristete Zeit von drei Jahren nicht viel aus. Solidarität ist der Bevölkerung sehr wichtig, gerade wenn es später um einen Abstimmungskampf zur Steuererhöhung geht. Aus diesen Gründen stimmt die GLP der Motion M 229 zu.

Monique Frey: Die beiden Vorstösse bringen die Grüne Fraktion in die Bredouille. Sie kommen aus der falschen Richtung; ich bin überrascht, dass sie nicht von bürgerlicher Seite eingereicht worden sind. Die bürgerliche Seite fordert immer wieder, dass die Exekutive weniger verdienen solle. Kann es daran liegen, dass in der Stadt mehr Linke vertreten sind und hier mehr Bürgerliche? Kann es sein, dass Sie sich nicht getrauen, einen Sparvorschlag gegen ihre eigenen Regierungsräte einzureichen? Die Grüne Fraktion unterstützt keine Abbaumassnahmen und Lohnkürzungen, auch wenn der Vorschlag von der SP kommt. Wir sind der Meinung, dass aufgrund der Leistungen und Strukturen, die ein Staat anbieten muss, entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir wissen, dass der Kanton Luzern diese Gelder hätte und dass er aufgrund der steuerlichen Ressourcen auch ohne Abbaumassnahmen finanzierbar wäre. In diesem Bereich werden wir weiterkämpfen. Was ist uns die Demokratie wert? Nicht alle können es sich leisten, ein Kantonsratsmandat zu übernehmen, da eine Reduktion des Arbeitspensums notwendig ist. Bei den kleinen Parteien sind immer alle Kantonsratsmitglieder gefordert, bei jedem Geschäft. Adrian Nussbaum hat erklärt, dass es sich beim KP17 um keine Lohnmassnahme handelt. Dem ist nicht so. Es werden Stellen abgebaut, und für den gleichen Lohn muss mehr gearbeitet werden. Dabei handelt es sich um eine Lohnmassnahme. Philipp Bucher meinte, im Rat solle keine Kommissionsarbeit betrieben werden. Hier handelt es sich um einen demokratischen Rat, wir diskutieren hier, damit die Bevölkerung unsere Meinung kennt. Wir lehnen die Motion M 229 ab, weil wir gegen Sparanträge sind.

David Roth: In der Bevölkerung gibt es Menschen, etwa Eltern von behinderten Kindern, Personen, die auf die Prämienverbilligung angewiesen sind, oder solche, die künftig länger arbeiten müssen und die alle froh darüber wären, wenn Sie so viel Einfühlungsvermögen und Verständnis zeigen würden, wie Sie das im Moment für sich selber tun.

Räto B. Camenisch: Ich äussere mich als Mitinitiant der Krienser Lohnsenkungsinitiative. Wir wollen damit nicht primär eine Sparrunde einläuten, sondern die Löhne auf das Niveau der Städte Zug und Luzern senken. Dort wurde das Lohnniveau von den Stimmbürgern so abgesegnet.

Hans Stutz: Wie unsere Fraktionschefin Monique Frey erklärt hat, ist die Grüne Fraktion konsequent gegen alle Einsparungen. Deshalb ist es auch konsequent, gegen diese vorgeschlagene Einsparung zu sein. Wir haben aber einen Widerspruch. Die Mehrheit zwingt vielen Lohnabhängigen des Kantons eine Reallohnsenkung auf. Ein Teil der Grünen Fraktion

wird deshalb den Vorstoss als Zeichen der Solidarität unterstützen.

Guido Müller: Ich bedanke mich bei allen, die solidarisch sein wollen. Sie können unseren Vorstoss unterstützen, bei dem es darum geht, die Fraktionsentschädigungen anteilsmässig zu kürzen, wenn beim Staatspersonal Lohnkürzungen vorgenommen werden sollten. Dieser Vorstoss wurde mit einem grossmehrheitlichen Entscheid der SVP-Fraktion als Zeichen der Solidarität eingereicht. Die Lohnentwicklung des Kantonsrates für die Grundentschädigung ist komplett an die Lohnentwicklung des Staatspersonals gekoppelt. Genau dieser Mechanismus ist im Kantonsratsgesetz eingebaut worden: Nur wenn das Staatspersonal mehr verdient, erhält auch der Kantonsrat eine höhere Entschädigung. Die SVP hat deshalb den bereits erwähnten Vorstoss eingereicht. Beim Vorstoss der SP handelt es sich um reine Schaumschlägerei. In der Diskussion wird zwar nicht von Kürzungen gesprochen, sondern von Beibehalten oder von weniger Wachstum.

Adrian Nussbaum: Ich weiss sehr wohl, dass diese Arbeitszeitkürzung selbstverständlich lohnwirksam ist, sonst wäre es ja kein Sparbeitrag. Aber es ist auch eine Tatsache, dass wir während der Debatte zum KP17 über die Arbeitszeit und den Benchmark der Arbeitszeit und der Unterrichtsverpflichtung gesprochen haben, nicht aber über die Arbeitgeberattraktivität des Kantons Luzern als solche. Das ist mit ein Grund, dass wir eine entsprechende Bemerkung eingereicht haben. Bei der Lohndiskussion geht es darum, ob der Lohn verglichen mit anderen Kantonen und der Privatwirtschaft angemessen ist.

Ylfete Fanaj: Ich finde es ein Armutszeugnis, wie hier argumentiert wird. Es ist wahrscheinlich so, dass am Schluss jeder sich selbst am nächsten ist. Seien Sie sich bewusst, welches Signal Sie senden: Der Kanton spart bei allen, nur nicht bei sich selber, bei den Regierungsratslöhnen und bei der Kantonsratsentschädigung. Spätestens bei der geplanten Steuererhöhung werden Sie dieses Argument zu hören bekommen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Alle hier in diesem Saal, unabhängig davon, welcher Staatsgewalt sie angehören, sind vom KP17, dem AFP und dem Voranschlag, abhängig von Ihrem Einkommen und den Leistungen, die Sie beziehen, betroffen. Wir alle sind also von unseren Entscheidungen ebenfalls betroffen. Wir haben nicht die Löhne reduziert, sondern die Arbeitszeit erhöht. Sowohl die Kantonsratsmitglieder wie auch die Magistraten der Regierung und des Gerichtes unterliegen nicht dieser Arbeitszeitregelung. Ich kann Ihnen versichern, auch wenn wir keine Arbeitszeitregelung haben, arbeiten wir weit über 43 Stunden pro Woche, das ist unbestritten. Wir sind freiwillig Regierungsräte geworden und wollen es auch bleiben, da wir unser Amt gerne ausführen, auch mit einer hohen Arbeitslast.